



UB-Parteitag
am 29.05.2015

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	UBV
ADRESSAT	
BETREFF	SPD Duisburg – Schutz suchende Menschen sind in Duisburg willkommen

1 **SPD Duisburg – Schutz suchende Menschen sind in Duisburg willkommen**

2
3 Die Duisburger SPD steht für ein weltoffenes, tolerantes und buntes Duisburg. Menschen
4 vieler Nationalitäten, Kulturen und Religionen sind hier zu Hause.

5 Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind die Grundwerte, die unser
6 Zusammenleben tragen. Das Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft gehört
7 zur Geschichte unserer Stadt und wird ihre Zukunft sein. Wir setzen uns entschlossen für
8 Menschenwürde und Freiheit ein – Grundrechte, die durch das Grundgesetz der
9 Bundesrepublik Deutschland geschützt sind.

10 Dazu zählt auch das Grundrecht auf Asyl und Hilfe für Menschen, die in ihrer Heimat
11 verfolgt werden und um ihr Leben fürchten müssen. Wir stellen uns insbesondere vor
12 dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte dieser humanitären Verantwortung.

13 Für uns steht deshalb außer Frage, dass Schutz Suchende in Duisburg aufgenommen
14 und betreut werden.

15 Viele Menschen in unserer Stadt sehen das genauso und haben in den letzten Jahren
16 und Monaten ein eindrucksvolles und kraftvolles Zeichen für diese
17 Verantwortungsübernahme gezeigt: Sei es durch direkte Hilfe für die Betroffenen oder
18 durch Beteiligung an Demonstrationen für ein Miteinander und gegen
19 Fremdenfeindlichkeit. Darauf können wir stolz sein. Allen diesen Menschen danken wir
20 und bitten sie zugleich, ihr Engagement fortzuführen. Ebenso danken wir der
21 Stadtverwaltung für ihre engagierte Arbeit, den Schutz Suchenden zu helfen.

22 Gleichwohl stellen die weiterhin steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern
23 unsere Stadt ohne Zweifel vor große Herausforderungen. Die finanziellen Belastungen
24 der Stadt durch die Aufnahme und die Unterbringung der Asylsuchenden sind groß.
25 Duisburg darf mit den Kosten nicht alleine gelassen werden.

26
27 Wir werben für Toleranz, Offenheit, Respekt und ein friedliches Zusammenleben aller
28 Menschen in Duisburg - 365 Tage im Jahr.

31 **Die SPD Duisburg**

32
33 begrüßt das engagierte Handeln der Stadtverwaltung, unter den schwierigen
34 Rahmenbedingung Hilfen für Schutz Suchende zu leisten:

- 35
36 • *Die Stadt stellt Unterkünfte in Form von Übergangsheimen und Wohnungen*
37 *zur Verfügung.*

- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- *Es werden zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten und weitere Seiteneinsteigerklassen in Duisburger Schulen geschaffen.*
 - *Verwaltung und Stadtgesellschaft arbeiten gemeinsam daran, sportliche, kulturelle und soziale Angebote in der Stadt für Flüchtlinge und Asylbewerber zugänglich zu machen.*
 - *Die Stadt übernimmt einen Großteil der Gesamtkosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Für viele untergebrachte Flüchtlinge – unter anderem Asyl-Folgeantragssteller, Duldungsinhaber und Personen mit Aufenthaltserlaubnissen – trägt die Stadt sämtliche Hilfeleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die vollständigen Kosten für die Unterbringung. Für alle anderen Asylantragssteller erhält die Stadt die pauschalen Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.*
 - *Die Verwaltung arbeitet eng mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien zusammen. Durch die Einbeziehung der Stadtgesellschaft und der unmittelbaren Nachbarschaft konnten sich Ängste und Sorgen der Bevölkerung in eine Welle der Hilfsbereitschaft und ein friedliches Miteinander umwandeln lassen.*

58 **Die SPD Duisburg**

59

60 begrüßt die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels NRW und das schnelle Handeln der

61 Landesregierung:

62

- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- *Die Pauschale für die Kommunen wird von 143 Millionen auf 183 Millionen Euro erhöht. Das Land richtet einen Härtefallfonds für Krankheitskosten ein und verbessert die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen.*
 - *Das Land verdoppelt die Zuweisungen für die soziale und individuelle Beratung von Flüchtlingen. Sie werden um 3,5 Millionen Euro auf 7 Millionen Euro erhöht.*
 - *Das Land wird bis zum Jahresende 1.800 zusätzliche Plätze in zentralen Landeseinrichtungen für Flüchtlinge schaffen. Die Kapazitäten werden perspektivisch auf 10.000 Plätze ausgebaut. Die Mittel für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes werden um 13,2 Millionen Euro erhöht.*
 - *Das Land investiert zudem in Bildungs- und Unterstützungsangebote für junge Flüchtlinge: u.a. werden 300 zusätzliche Lehrerstellen für die Sprachförderung (14,2 Millionen Euro) und 2.600 zusätzliche Plätze in Schulen mit einem offenen Ganztagsangebot bereitgestellt (3,8 Millionen Euro).*
 - *Die Kommunen erhalten außerdem 6 Millionen Euro, um traumatisierten Mädchen und Jungen aus Flüchtlingsfamilien zu helfen. Für sie soll es besondere Angebote innerhalb des Kita-Systems geben.*
 - *Das Land stellt in einem Nachtragshaushalt zusätzlich 206 Millionen Euro und 807 neue Stellen für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung. Davon ist der größte Teil - 180 Millionen Euro und 792 Stellen - für Bildung und Betreuung gedacht.*

87 **Die SPD Duisburg**

88

89 begrüßt die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Flüchtlingspolitik:

- 90
- 91 • *Der Bund unterstützt die Kommunen 2015 mit zusätzlich 500 Millionen Euro*
- 92 *und will für 2016 weitere 500 Millionen Euro bereitstellen.*
- 93 • *Das Asylbewerberleistungsgesetz sichert ein menschenwürdiges*
- 94 *Existenzminimum. Endlich gilt nach 3 Monaten der Grundsatz: Geld- statt*
- 95 *Sachleistungen und ein Ende der Residenzpflicht. Flüchtlinge können sich*
- 96 *künftig freier bewegen und nach 3 Monaten (bisher 9 bzw. 12 Monaten)*
- 97 *eine Arbeit aufnehmen. Die Nothelferregelung ist ein wichtiger Schritt für*
- 98 *eine bessere medizinische Versorgung von AsylbewerberInnen. Alle Kinder*
- 99 *haben zudem ab dem ersten Tag Anspruch auf das Bildungs- und*
- 100 *Teilhabepaket.*
- 101 • *Um angesichts steigender Asylantragszahlen zügige Verfahren für alle*
- 102 *Antragssteller zu sichern, soll es insgesamt 2000 neue Stellen im*
- 103 *Bundesamt für Migration geben. 1.400 neue Stellen sind bereits in den*
- 104 *Bundeshaushalten für 2014 und 2015 beschlossen worden.*
- 105 • *Wer mit einem humanitären Aufenthaltstitel bereits länger als 18 Monate in*
- 106 *Deutschland lebt oder Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung*
- 107 *ist, dem steht bei Bedürftigkeit zukünftig Grundsicherung oder Sozialhilfe*
- 108 *zu. Für alle AsylbewerberInnen gibt es nach 15 Monaten Leistungen*
- 109 *entsprechend des SGB XII. Da der Bund diese Kosten übernimmt, werden*
- 110 *die Länder und Kommunen 2015 voraussichtlich um 31 Millionen Euro und*
- 111 *im Jahr 2016 um 43 Millionen Euro finanziell entlastet.*
- 112
- 113

114 **Die SPD Duisburg**

- 115
- 116 ➤ hält es für eine Selbstverständlichkeit, Schutz suchende Menschen in Duisburg
- 117 aufzunehmen und ihnen zu helfen.
- 118
- 119 ➤ dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen,
- 120 Verbänden, Kirchen und Initiativen, die Flüchtlinge und Asylbewerber durch ihre
- 121 Hilfsbereitschaft und ihr großes Engagement unterstützen.
- 122
- 123 ➤ befürwortet ein breites Bündnis für eine umfassende Willkommenskultur und
- 124 setzt sich für eine entsprechende Verankerung in den Stadtteilen und Quartieren
- 125 ein.
- 126
- 127 ➤ bekennt sich zur wehrhaften Demokratie. Rassistisch motivierte Angriffe und
- 128 Hetze gegenüber Betroffenen, Helfern und demokratischen Mandatsträgern
- 129 müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.
- 130
- 131 ➤ fordert weitere finanzielle Hilfen. Die Folgen internationaler Konflikte und
- 132 Notsituationen in anderen Ländern stellen eine gesamtgesellschaftliche
- 133 Herausforderung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland dar, die in einer
- 134 Verantwortungsgemeinschaft getragen werden müssen:
- 135
- 136 • Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe muss mindestens die
- 137 Finanzierung für die Zuwanderung und Integration von Schutz Suchenden
- 138 vollständig vom Bund übernommen werden. Dazu gehören beispielsweise

139 die Übernahme von Gesundheitskosten oder der Zugang zu Sprachkursen
140 für Asylbewerber und Geduldete.
141 • Das Land wird bis dahin in seiner Zuständigkeit aufgefordert, die
142 Kommunen – wie auch in anderen Bundesländern üblich – vollständig von
143 den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen zu entlasten.
144

- 145 ➤ fordert sofortige Maßnahmen zur Seenotrettung um dem massenhaften Sterben
146 im Mittelmeer Einhalt zu gebieten.
147 ➤ fordert eine bessere Koordinierung der Flüchtlingsaufnahme zwischen den
148 Staaten der EU und eine faire Verteilung der Flüchtlinge. Das Dublin System ist
149 gescheitert.
150 ➤ fordert eine gemeinsame Bekämpfung der Schlepperbanden und
151 Menschenhändler, die sich am Unglück der Flüchtlinge bereichern. Dafür fordern
152 wir eine bessere Zusammenarbeit von EUROPOL, FRONTEX, EASO und
153 EUROJUST sowie die bessere Zusammenarbeit mit den Drittstaaten.
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163

165 Angenommen:
166 Abgelehnt:
167 Überwiesen an: